SAZ DIE LINKE. STADTVERBAND SUHL
Suhler Andere Zeitung
Monatsumschau für Links- und Querdenker
24. Jahrgang / Nr. 02
Februar 2015
Preis: eine Spende
Nummer: 274
Suhl – Stadt des Friedens seit 1991

Suhler Widerstand gegen rechts-extremistischen Spuk

Bereits zu Beginn der an den Namen „PEGIDA“ angelehnten „SÜGIDA-Proteste“ in Suhl war klar, wer hinter dem Namen „SÜGIDA“ steckt: „Neonazis und Volksverhetzer“. Angemeldet hatte den Aufmarsch am 12. Januar 2015 die wegen Volksverhetzung in mehreren Fällen angezeigte Yvonne W. Und die Werbung trägt unmißver-ständlich die Handschrift des bekannten Tommy Frenck. Er ist der Anführer der neonazistischen Gruppierung mit der irreführenden Bezeichnung „Bündnis-Zukunft-Hildburghausen“. Zu denjenigen, die sich an den „SÜGIDA-Protesten“ beteiligten, gehörten bei weitem nicht nur Suhlerinnen und Suhler sondern auch Leute aus der gesamten Region, aber auch Rechtsextremisten aus Franken. Die Rechtsextremisten hatten Suhl wohl vor allem deshalb ausgewählt, weil sie hier eine Basis für die Volksverhetzung zur Ausländerfeindlichkeit vermuteten.

Das Suhler Bündnis „Für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus“ organisiert seither regelmäßig montags Gegendemos. „Nosügida“ heißt die Initiativgruppe von Jugendlichen mit der Initialzündung des Gegenprotestes. Seither hat die Bewegung von SÜGIDA-Gegnern von Montag zu Montag an Vielfalt und humanistischer Aussagekraft gewonnen. „Suhl bleibt bunt!“ – so liest man auf den meisten Plakaten, aber es tauchen von Mal zu Mal neue Losungen auf. Sie wird nicht nur aktiv von den Suhler Stadträten der Partei DIE LINKE, der SPD und der Freien Wähler unterstützt, sondern auch von Abgeordneten des Thüringer Landesparlaments und der rot-rot-grünen Landesregierung. Ausflüchte für ihre Distanz zur demokratischen Gegenbewegung kommen von der CDU. (siehe Seite 4) Das Thema „SÜGIDA“ stand auch schon auf der Tagesordnung des Thüringer Landtages, denn es handelt sich nicht einfach um eine Versammlung besorgter Bürger. Nach wie vor werden dort die Redner von AfD und Rechtsextremisten aus Thüringen und Franken gestellt. Als sozialkritische und demokratische Partei warnt DIE LINKE eindringlich davor, an Sügida-Protesten teilzunehmen. Für die rechtsextremistischen Organisatoren sind diese Veranstaltungen eine willkommene Gelegenheit, sich in der Mitte der Gesellschaft auszubreiten. Die Folgen einer solchen Politik haben wir in Deutschland schon einmal erfahren müssen. Sie heißen Auschwitz und Buchenwald und... und ... .Wir rufen alle Suhlerinnen und Suhler zur Mitmenschlichkeit auf.

– K. Walther –

Auf gutes Gelingen!

Vor einem reichlichen Jahr hatten wir an dieser Stelle vorsichtige Hoffnungen für 2014 geäußert. Dass dieses Jahr sogar eine linke Regierung für Thüringen bringen würde, daran wagte damals kaum jemand zu denken, wenn es auch zu den Wünschen vieler gehörte. Aber – der Jahresabschluss 2014 hatte es in sich. Dass die Herrschaften von der CDU sich allerdings die Hände so schmutzig machen mit dem Dreck, den sie über die aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen Kräfte auskippten, mit so viel Schäbigkeit hatte man nicht gerechnet. Schlechte Verlierer! Dummheit sollte man wirklich nicht derart zur Schau stellen, indem man den neuen Ministerpräsidenten Ramelow mit „verirrter Christ“, mit „Kanaille“ und vielerlei Unrat bewirft und auch auf andere Art dem linken Ministerpräsidentenkandidaten zur Wahl Beine zu stellen versucht.
Und dieser Ramelow kam auch noch „aus dem Westen“, war allerdings kein dort abgetakelter Politiker wie Herr Vogel, kein krimineller Pistenraser wie Althaus und auch kein Clown wie der Duchac seinerzeit. So kann man nur hoffen, dass man diesen neuen Mann der Linken angesichts der immer wieder neu von ihm geforderten ominösen Reuebekenntnisse zur DDR – die nicht einmal die seine war – mit seinen Mitstreitern zur echten Arbeit für unser Land und seine Bürger kommen lässt . Nun denn – Prosit auf das NEUE und die NEUEN!

– OLD LONG –

Abgeordnete des Thüringer Landtages und die Thüringer Landesregierung unterstützten am 12. Januar die Proteste der Suhler Bevölkerung gegen SUGIDA. (Foto: IB)

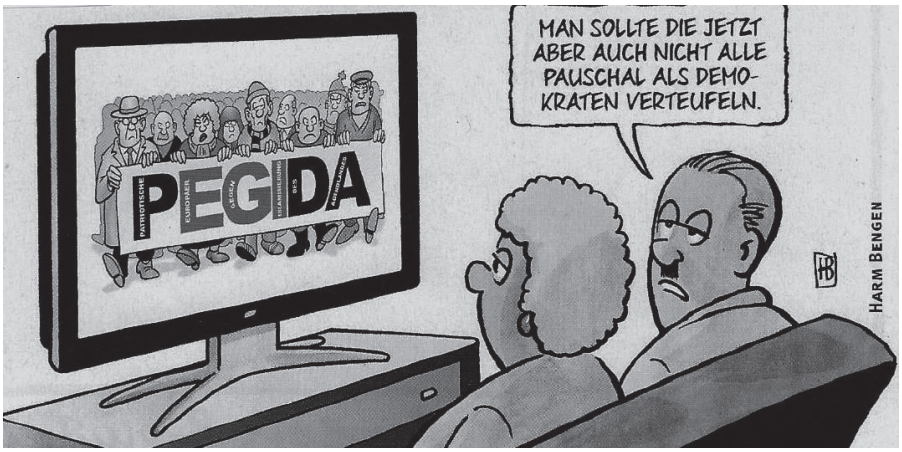
Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Suhl und Zella-Mehlis ehrten Anfang Januar das Vermächtnis der Widerstandsgruppe vom Friedberg. Zu den Anwesenden sprach Elke Pudszuhn, Vorsitzende der Thüringer Landesgruppe der VVN/BdA.

Pflästerchen für 2015

Vermutlich, weil die Kälte in unserer Gesellschaft immer größer wird, hatte sich die Bundesregierung mit ihrem Finanzminister gewissermaßen als Geschenk zum Jahreswechsel ein Trostpflästerchen für den Mann und die Frau auf der Straße einfallen lassen: Im Jahr 2015 soll voraussichtlich (!) keine „kalte Progression“ entstehen. Womit die betrügerische Geldschneiderei gemeint ist, wenn Lohnerhöhungen sofort wieder durch höhere Steuern aufgefressen werden. Aber so ein „Pflästerchen“ deckt beileibe nicht die großen Wunden in punkto Einkommen und Verhältnis arm-reich in unserem Lande. Kürzlich erst hat ein Wirtschaftsinstitut festgestellt – was ja sowieso längst bekannt ist -, dass nicht nur die Schere zwischen den Millionären und den einfachen arbeitenden Bürgern, sondern auch die Schere zwischen dem Einkommen von Geringverdienern und Beziehern von Spitzenlöhnen immer weiter auseinander läuft. Denken wir nur an die vielen unter uns, die von Zeitarbeit oder Kurzarbeit betroffen sind. Dabei geht es wohlgemerkt um Löhne, nicht einmal um die Gehälter der Wirtschafts- und Finanzbosse und Politiker. Das mit dem Jahresendpflästerchen des Herrn Schäuble scheint den Pflastern, die man gelegentlich im Gesundheitswesen bekommt, sehr ähnlich – sie kleistern Wunden nur zu und heilen das Übel nicht an der Wurzel...

– OLD LONG –

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1750 0715;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Dr. K. Walther, Würzburger Straße 48 • 98529 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer März-Ausgabe 2015 ist am 19.02.2015.



Die SAZ nach dem Lesen bitte weitergeben!

LIVE AUS DEM LANDTAG

Aus der Arbeit unserer Landtagsabgeordneten
Ina Leukefeld

Live aus dem Landtag mit Sozialministerin Heike Werner

Ina Leukefelds traditionsreiche Veranstaltung „Live aus dem Landtag“ erfährt mit dem Start der rot-rot-grünen Regierung in Erfurt einen neuen Aufschwung. Der Saal „Paul Greifzu“ im Hotel Thüringen war am 22. Februar gut gefüllt. Die Sozialministerin Heike Werner war Inas Einladung gern gefolgt und auch Bürgermeister Klaus Lamprecht war zugegen.

Die Einleitung zum Gespräch mit der Ministerin war kurz gehalten. Heike Werner stellte sich persönlich vor. Die geborene Berlinerin begann ihre politische Laufbahn in Zwickau und wurde für die PDS dreimal in den sächsischen Landtag gewählt. In der letzten Legislaturperiode war sie dort Chefin des Landtagsausschusses für Soziales und Verbraucherschutz. Ina Leukefeld gab eine Information zu Suhl und vor allem zu den Problemen, bei denen den Suhlern der Schuh drückt, und Klaus Lamprecht ergänzte aus seiner Sicht.

Die Ministerin erläuterte, wie die neue Regierung nach einem ersten Kassensturz möglichst schnell (bis Juni) zu einem Landeshaushalt für 2015 kommen will. In der vergangenen Woche hat die Regierung bereits Eckpunkte für den neuen Haushalt beschlossen und eine leichte Aufstockung in Aussicht gestellt. Im Mittelpunkt stehen die Finanzen der Kommunen und der freien Schulen des Landes sowie die psychologische Betreuung der in Thüringen aufgenommenen Flüchtlinge sowie deren Versorgung mit Arbeitsmöglichkeiten. Einer der Schwerpunkte in der Arbeit der Landesregierung wird auch die Durchsetzung des Mindestlohnes bilden, schließlich mussten 22 Prozent aller Beschäftigten mit einem monatlichen Einkommen unter 8,50 EUR/Stunde leben.

Die Einhaltung der Mindestlöhne müsse allerdings auch kontrolliert werden. Ab März soll ein Runder Tisch zum Mindestlohn die Arbeit aufnehmen.

Als vorrangiges Projekt betrachtet die neue Ministerin die Einführung der gemeinwohlorientierten Beschäftigung sowie die Fortführung der Finanzierung der zahlreichen bereits laufenden sozialen Projekte in Thüringen.

– RED. –

Geschichte und Geschichten:
Auf dem Roten Sofa
Marion Bach

Auch die Sängerin, Schauspielerin und Kabarettistin Marion Bach hat ihre Wurzeln in Südthüringen. Sie wurde in Suhl geboren und wuchs in Schwarza auf. Etliche Jahre arbeitete sie im Ensemble des Meininger Theaters. Nach einem Engagement in Österreich kehrte sie nach Deutschland zurück und entdeckte an der Magdeburger „Zwickmühle“ ihre Liebe zum Kabarett. Ihr Besuch im „Vampir“ des CCS war zweifellos ein Höhepunkt in der von Ina Leukefeld moderierten Veranstaltungsreihe. Der Abend war ausverkauft. Am künstlerischen Niveau aller Darbietungen gibt es überhaupt keinen Zweifel. Marion Bach erzählt mit Charme, Humor und unbegrenztem Temperament Anekdoten aus ihrem künstlerischen Leben, bezieht dabei das Publikum ein und auch einige Künstler, die ihr im Laufe der Jahre begegnet sind. In Erinnerung bleiben neben des Gesangs der Lieder von Barbra Streisand vor allem ihre kabarettistischen Darbietungen. Sie zeugten vom hohen Niveau des politisch-satirischen Kabaretts aus Magdeburg, das sich wohltuend von jenen flachen Comedys abhebt, die die deutschen Fernsehsender beherrschen. Die Zwickmühle ist das einzige private politische Kabarett in Deutschland. Ein „volkseigenes“ nennt es die Bach, wie es allein von den Eintrittspreisen des Publikums finanziert wird und damit auch dem Volke gehört. Mit viel Respekt spricht Marion Bach vom derzeitigen künstlerischen Leiter Hans-Günther Pörlitz, der auch schon mit dem Urgestein des politischen Kabaretts in Deutschland Dieter Hildebrandt zusammen arbeitete.

Es bleibt nur zu wünschen, dass die Begegnung mit Marion Bach hier in Suhl nicht die letzte war. Sie hat ein großes Publikum verdient.

– KAWA –

Peinliche Ausflüchte der „Christlich" Demokratischen Union

Mit dem Artikel im Freien Wort am 17.01.2015 positionierte sich die CDU als demokratische Partei im Nimmerland.

Sie distanzierte sich in diesem Artikel kaum von dem PEGIDA-Ableger SÜGIDA, sondern beinahe ausschließlich von den Gegenprotesten der Bürger*innen. Der Suhler CDU-Vorsitzende schwadroniert über die gleichermaßen zu verurteilenden Rechts- und Linksextremist*innen und vergisst dabei scheinbar, dass er zivilen Protest und rechtlich einwandfreie Spontankundgebungen mit den menschenverachtenden Ideologien des Neofaschismus gleichsetzt. Er setzt Menschen, die sich friedlich der Hetze und Angstmacherei entgegenstellen, gleich mit den Initiatoren der SÜGIDA, die bekanntermaßen zu Holocaust-Leugnern und dem weiten Umfeld der neonazistischen Terrorzelle der NSU gehören. Er verurteilt den Protest der Straßenblockade, die von vielen Bürger*innen gemeinsam mit Aktivist*innen der lokalen Antifa geleistet wird, als gewaltbereite Offensive gegen die „Lügenpresse“ und „Wir-sind-das-Volk“-skandierende Meute unter Führung bekannter Neonazis. Die CDU möchte die besorgten Bürger einladen, ihre Fragen zu stellen und offen über die Flüchtlinge zu diskutieren. In alter CDU-Manier wahrscheinlich in dieselbe Richtung, in der 1993 der wütende Mob in Rostock-Lichtenhagen mit einer Politik verschärfter Asylgesetze durchdringen konnte. Herr Kalkhake vergisst an dieser Stelle, dass es schon seit Juli des vergangenen Jahres viele ehren- und hauptamtliche Menschen gibt, die diesen Dialog mit allen Bürger*innen anstreben und unter widrigsten Umständen Aufklärungsarbeit zu leisten versuchen. Als einer dieser Menschen habe ich die offiziellen Vertreter*innen der CDU an dieser Stelle vermisst. Nur die geistige Brandstiftung, die von der Suhler Fraktion der CDU ausging, bekam ich mit: u.a. die Panikmache mit der aus der Luft gegriffenen Zahlen von 2000 Flüchtlingen, die auf dem Friedberg untergebracht werden sollen, die keinem der Helfer*innen gelingt wieder einzufangen, bis hin zu Anfragen im Stadtrat und in den Ausschüssen, was denn die Flüchtlinge der Stadt kosten. Solche Anfragen bin ich eher von der NPD und der AfD gewohnt. Ganz zu schweigen von der ausgelassenen Möglichkeit bei einer solchen Anfrage auch auf den gesteigerten Umsatz in verschiedenen Einrichtungen rund um den Friedberg einzugehen.

Herr Kalkhake und die CDU wollen nicht den offenen Dialog, dem sie schon seit Monaten gezielt aus dem Weg gehen. Es geht an dieser Stelle ausschließlich um die Diffamierung des bürgerlichen Protestes. Aber bitte bedenken Sie, werte CDU, dass ohne diesen Protest führende Neonazis aus ganz Thüringen an diesem Montag durch ganz Suhl und auch durch die „Straße der Opfer des Faschismus“ gelaufen wären. Sich daran als christliche und demokratische Partei NICHT zu beteiligen, zeugt mehr von ihrer Gesinnung als jede Einladung zu jedwedem Bürgerforum.

Fühlen Sie sich bitte dennoch herzlich eingeladen, den Protest an den kommenden Montagen mit zu unterstützen, denn nichts liegt mir ferner, als Demokrat*innen von friedlichem Protest auszuschließen!

– Johannes Häfke,
Sprecher DIE LINKE Suhl,
Mitglied LINKER NACHWUCHS Suhl –

Wird Deutschland „überrannt und ausgenommen“?

+ Deutschland nimmt pro 10.00 Einwohner 2,1 Flüchtlinge auf. Norwegen 10,6.

+ 2013 wurden nur 24,8 % der Geflüchteten in Deutschland als Flüchtlinge anerkannt.

+ 2014 wurden ca 158.000 Asylanträge gestellt. 1992 waren es noch 438.191.

+ 2013 nahm Deutschland 109.580 Flüchtlinge auf. Pakistan ca. 1.600.000.

+ 0,48 % des Bundeshaushalts gingen 2013 als Leistungen an Asylbewerber.

+ Einwanderer ohne Pass zahlen in Deutschland mehr in die Staatskasse ein, als sie durch Leistungen beziehen.

Quelle:
Migrationsbericht / Bonin-Studie der Bertelmann-Stiftung

Regionales Bündnis
„Für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus“

Das Bündnis ruft alle Suhlerinnen und Suhler sowie auch Besucher unserer Stadt dazu auf, unter dem Motto „Suhl bleibt bunt“ die Proteste gegen die von rechtsextremen Organisatoren und Rednern dominierten Aktionen von SÜGIDA fortzusetzen

montags,
18.00 Uhr am Waffenschmied

Kann Suhl mit einem Baustopp beim Portalgebäude Geld sparen?

Von den Gegnern einer zügigen Fortführung des Umbaus des Portalgebäudes wird immer wieder ins Feld geführt, mit einem Baustopp könnte Suhl Geld sparen, das dann für die Senkung der Hebesätze oder gar der KITA-Gebühren eingesetzt werden könnte. Wir befragten zu diesem Thema den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses der Stadt, Dr. Reiner Miersch (DIE LINKE). Im Namen seiner Fraktion teilte er der Redaktion mit, dass es sich dabei um einen Trugschluss handelt. Zunächst dürfe man in der Diskussion nicht von der der Gesamtsumme der notwendigen Investition zum Umbau des Portalgebäudes ausgehen. Man müsse sich zunächst einmal um jene Summe kümmern, die für den Haushalt der Stadt Suhl auch tatsächlich relevant ist. Das betrifft nach Auskunft von Reiner Miersch für den gegenwärtigen Stand der Planung vor allem Eigenmittel in Höhe von 1,9 Mio. Euro. Bis zum Ende des Jahres 2014 wurden von diesen 1,9 Mio bereits Aufträge ausgelöst, die einen Umfang von 1.008 Mio. Euro ausmachen. In dieser Summe sind auch Fördermittel in Höhe von 583.000 Euro enthalten. 581.000 Euro davon sind bereits bezahlt. Ein Baustopp würde folglich bedeuten, dass diese Summe für die Stadt verloren ist. Da aber auch die bereits verbrauchten Fördermittel zurückzuzahlen sind, muss von einem gesamten Verbrauch von rund einer Mio. EURO ausgegangen werden.

Sanieren wir aber das Portalgebäude im Zeitraum der Gültigkeit des Haushalts-Sicherungs-Konzeptes (HSK) nicht, müsste die Stadt die beiden Gebäude für Magazin und Archiv dringend erneuern. Eine Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes wäre nicht vertretbar. Ob die verbleibende Summe von ca. 900.000 EURO auch zu einer solchen Ertüchtigung ausreicht, sei aber zur Zeit noch gar nicht abzuschätzen. Außerdem bleibt im Suhler Stadtzentrum noch für einen längeren Zeitraum ein ungenutztes und dem Verfall ausgesetztes Gebäude als Schandfleck hinter dem neuen „Haus der Wirtschaft“ erhalten. Doch diese Erhaltung kann die Stadt nicht zum Nulltarif gewährleisten. Umfangreiche Sanierungsmaßnahmen wären – so Reiner Miersch – auszuführen und allein für eine Dachsanierung wird der Aufwand auf ca. 300.000 Euro geschätzt.

Doch neben allen Kalkulationen dieser oder jener Variante der Gestaltung des Stadtzentrum geht es der Partei DIE LINKE um den ideellen historischen Wert des Portalgebäudes. Als ehemaliges Kulturhaus aus dem Jahre 1953 gehört es zu den wenigen Zeugnissen aus der Nachkriegszeit, in der die Rolle der Kultur im Leben der Menschen eine größere Bedeutung erhalten sollte als die Rüstungsproduktion. Auch deshalb sollte der Rest des Hauses erhalten und wieder einer kulturellen Nutzung zugeführt werden.

– Miersch / Walther –

Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus

27. Januar: Oberbürgermeister Dr. Jens Triebel eröffnet ein Treffen zum Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. Ungeteilte Aufmerksamkeit bei der Rede von Heidi Schwalbe (DIE LINKE, Mitglied des Sprecherrates des Suhler Bündnisses für Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus). Ihre Worte verbinden tief empfundene Menschlichkeit mit Detailkenntnissen zur Suhler Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus. Sie vermittelt Bilder, die man nicht schnell vergisst, so wie jenes von den jüdischen Kindern,die auf Kirschbäume kletterten, während ihre Eltern in der Synagoge weilten. Im Anschluss erlebten die Besucher des Rathauses eine Lesung aus dem Buch von Esther Bejarano „Vom Mädchenorchester in Auschwitz zur Künstlerin für den Frieden“.

Einladung der Koordinierungsgruppe von Vereinen und Verbänden Suhl

„TTIP – Transnationales Freihandelsabkommen - Hintergründe, Gefahren und Widerstandspositionen“

Referenten und Gesprächspartner:

MdB Ralph Lenkert (DIE LINKE)
Dr. Ralf Pieterwas. HGF der IHK Südthüringen
Hartmut Röser (Abt.-Ltr. der IHK)

Dienstag, 10.02. 2015, 14.00 Uhr
Hotel Thüringen Suhl

Das neue Jahr begann wie das alte endete: ...

mit Toten, Hunger und Elend in den Kriegsgebieten, schrecklichen Terroranschlägen in Frankreich und Belgien, mit beunruhigenden Nachrichten über den Zustand des Euro und der kapitalistischen Weltwirtschaft, mit der Bekräftigung der aggressiven Politik gegenüber der Russischen Föderation. Papst Franziskus rief für das neue Jahr zu mehr Zusammenarbeit für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte auf. In China gilt 2015 als ein Jahr des (Holz-)Schafes – friedlich, freundlich, konsensorientiert. Die Realitäten signalisieren Anzeichen für eine Welt, die aus den Fugen gerät, und eine Politik, die alles noch schlimmer macht.

Im Gange ist ein Spiel mit dem Feuer eines großen Krieges in Europa. Die Politik der USA zur Schwächung der Russischen Föderation und zur Ausschaltung ihrer Rolle als eigenständige Großmacht trifft sich mit einer offen auf Krieg setzenden Politik der ukrainischen Regierung unter Arseni Jazeniuk. Dessen Besuch Anfang Januar in Berlin war begleitet von Säbelrasseln und Public Relation für NATO-Waffen und einen bevorstehenden Waffengang. Man wolle "alles dafür" machen, so Jazeniuk, „damit die Ukraine mithilfe unserer westlichen Partner vereint wird". Die Armee soll unverzüglich um 100.000 Mann aufgestockt werden. NATO-Generalsekretär Stoltenberg fordert die drastische Erhöhung der Militärausgaben. Präsident Poroschenko will „jeden Zentimeter" in der Ostukraine zurück erobern. Widerspruch aus Berlin kam nicht, auch nicht als Jazeniuk für seine an Hitlerdeutschland orientierte Sicht vom Ende des II. Weltkrieges um „Solidarität" bei der deutschen Bundesregierung warb: Wir können uns alle sehr gut an den sowjetischen Angriff in die Ukraine und nach Deutschland erinnern.

Im Nahen Osten zeichnet sich neben fortschreitendem Chaos vor allem in Libyen eine weitere Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen ab. Unter der Flagge des Kampfes gegen den grausamen Terror des „Islamischen Staates" wird die Militärmacht der USA ausgebaut. Assad soll endlich gestürzt werden. Der Iran ist weiter im Fadenkreuz. Die Bundesrepublik erweitert den Einsatz mit dem „Patriot-Raketenabwehrsystem" der Türkei um militärische Ausbilder der Bundeswehr, die sie nach Syrien schickt.

Gregor Gysi wies in der Bundestagsdebatte am 15. Januar darauf hin, dass es „ohne falschen Irak-Krieg" den „Islamischen Staat" nicht gäbe. Sahra Wagenknecht bezeichnete die Drohnenangriffe der USA als genauso „schrecklich" wie der Terroranschlag in Paris. Die Empörung der Vertreter des politischen Mainstreams kam sehr kategorisch. Wenn zwei das Gleiche tun, sei es ist es nicht das Gleiche.

In Griechenland hat sich mit den vorgezogenen Neuwahlen des Parlaments am 25. Januar eine Mehrheit für Syriza entschieden. Schon kamen Drohungen aus dem Umfeld der Bundeskanzlerin, einen derartigen Wahlsieg mit einem Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone zu beantworten. .

In Deutschland war die Zahl der Asylsuchenden mit rund 200.000 deutlich größer als in den vorangegangenen Jahren. Auch die Kommunen müssen die Lasten tragen. Wieder einmal wächst die Ausländerfeindlichkeit in breiten Schichten der Bevölkerung. PEGIDA in Dresden und ähnliche Demonstrationen in anderen Städten wie Leipzig und Suhl haben eine rechtspopulistische Bewegung von Unzufriedenen im Zeichen von Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Deutschtümelei entstehen lassen.

Aktueller denn je ist, was kluge Marxisten wie August Thalheimer und Wolfgang Abendroth aus der Geschichte der Weimarer Republik schlussfolgerten: Kern einer erfolgreichen Strategie gegen rechte und faschistische Massenbewegungen muss eine linke Politik sein, in deren Ergebnis „die Arbeiterklasse sich zu einer wirkungsvollen Alternative gegen die monopolkapitalistische Herrschaft entwickelt" und so „diejenigen Teile der abhängig Arbeitenden, die in ihrer Verzweiflung dazu neigen, zu den Faschisten überzugehen, politisch an die Arbeiterklasse gebunden werden". (W. Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1976, S. 135.)

Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des faschistischen Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar hat die polnische Seite die Russische Föderation und deren Präsidenten nicht eingeladen. Protest der Kanzlerin? Fehlanzeige.

Auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz der „jungen welt" am 10. Januar 2015 hielt Oskar Lafontaine eine viel beachtete Rede zur internationalen Situation, zur Kriegsgefahr und zur Verantwortung der LINKEN. (Erstveröffentlichung in der Tageszeitung „junge Welt" vom 14. Januar 2015)

– Jochen Traut –

Tsipras gibt Gas!

Bereits drei Tage nach dem Wahlsieg von SYRIZA in Griechenland ist eine neue Regierung gebildet, Tsipras als neuer Ministerpräsident vereidigt, und die Regierung kündigt bedeutsame politische Veränderungen an:

Große Privatisierungen ehemaliger staatseigener Unternehmungen sollen gestoppt werden und Migranten-kinder sollen mehr Rechte behalten. Die großen Privatisierungsträume der Troika haben sich offensichtlich nicht erfüllt. Die anfänglich mit 50 Mrd. veranschlagten Privatisierungserlöse haben sich inzwischen auf 19 Mrd. reduziert. Tsipras zweifelt sogar die Sanktionen gegen Russland an, die zu großen Verlusten in der griechischen Landwirtschaft geführt haben. Die Reaktionen aus Brüssel und von der Berliner Regierung sind mit jeder Menge Drohungen gegenüber Griechenland gespickt. Selbst der EU-Parlamentsvorsitzende Schulz von der SPD äußert sich ziemlich überheblich gegenüber Tsipras. Bereits jetzt scheint aber klar zu sein, dass die neue Regierung die geplanten Maßnahmen nicht ohne oder ganz und gar gegen die EU durchsetzen kann. Europäische Linksparteien äußern sich nach dem Jubel am Wahltag inzwischen etwas differenzierter. Von PODEMOS aus Spanien wird bemängelt, dass die neue griechische Regierung ganz ohne die Teilnahme von Frauen agieren will. Nicht nur die Erwartungen an die SYRIZA-Regierung sind groß, auch die Koalition mit der nationalistischen ANEL ruft Diskussionen hervor. Bernd Riexinger betont, dass die LINKE in Deutschland nie mit einer rechtspopulistischen Partei koalieren wird.

– KaWa –

*So wie auf diesem Foto aus der Jugendschmiede sind derzeit etliche Suhler*Innen am Häkeln und Stricken. Emsig fertigen sie Mützen, Schals, Handschuhe und Socken für die Kinder der Flüchtlinge auf dem Friedberg an, weil Betreuer Bedarf dafür signalisiert hatten. Rund 150 sind es aktuell, vom Baby bis zu 13-/14-jährigen, denen so zu helfen ist, sich vor den – für viele ungewohnten – Minusgraden zu schützen. Diesen Frauen und Mädchen liegt dabei zugleich am Herzen, etwas zu tun gegen die – viel schlimmere – soziale Kälte gegenüber dem Schicksal der Flüchtlinge, die sie bei manchen Suhlern in diesen Tagen auch erleben.*
Vielleicht wollen Sie, liebe SAZ-Leser, dabei mithelfen?
Kontaktieren Sie uns mittwochs zwischen 9 und 12 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN in der Rüssenstraße, Tel. 03 68 1 / 30 81 58. Wer zum Stricken oder Häkeln gesundheitlich nicht mehr in der Lage ist oder keine Zeit, aber Wolle „auf Lager“ hat, unterstützt die „Nadelarbeiterinnen“ auch! Und nicht nur sie: wie wir von einer Sozialarbeiterin auf dem Friedberg erfuhren, versuchen sich dort junge Männer mittlerweile selbst am Häkeln als willkommenen Zeitvertreib. Sie hatten interessiert zugesehen beim Vorführen dieser Handarbeitstechnik...

– Sonja Reinhardt –

Anmerkungen zum Bertha-von Suttner-Vortrag am 21.01.2015 im Türmchen des CCS

Nur ein kleiner Zuhörerkreis von Interessierten war zu dem Abend der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Suhler Gesprächsforums „Alternativ“ gekommen. Der stellte sich jedoch sehr konzentriert auf das Thema ein und ließ sich von Dr. Karlheinz Walther mitnehmen in die Zeit, das Leben und den Engagement-Bereich der weltberühmten Friedenskämpferin. Im anschließenden Gedankenaustausch wurde schnell der Bogen zur heutigen Zeit gespannt. Dieses „Hamsterrad-Gefühl der Vergeblichkeit“ begleitet auch heute die lokale Friedensarbeit. Es ist viel schwieriger, junge Menschen zu erreichen und sie einzubinden, aus sehr unterschiedlichen Gründen. Aber einig waren sich alle: Wir müssen es immer wieder versuchen.

– Elisabeth Pfestorf –

Glück und Segen

Vor Jahren hatte ich einen damals schon ergrauten guten Freund oben im Thüringer Wald, er war Pfarrer in seiner Gemeinde. Oft führten wir anregende Gespräche, selten über seine Kirche, meist über die große und kleine Politik in dieser Zeit und manches andere. Immer, wenn ich ihn in seiner mit Büchern vollgestopften Studierstube besucht hatte, verabschiedete er mich mit den Worten „Glück und Segen für dich und deine Familie“. Das wäre gewiss auch ein Wunsch, den man in diesen ersten Wochen des neuen Jahres in vieler Hinsicht und vielerorts aussprechen könnte.
Glück und Segen wäre es für die Menschen, die aus ihren von Krieg und Not heimgesuchten Heimatländern flüchten müssen, wenn die reiche „abendländische Welt“ – vor allem die alten Kolonialstaaten – ihre Milliarden nicht für Kriegsmaterial, sondern vor allem für die Hilfe in Bildung, Wirtschaft und Sozialwesen dort an Ort und Stelle einsetzen würden. Das wäre schon längst nötig gewesen – so lehrten es auch mich lange Jahre in Afrika.
Für einen Segen im wahrsten Sinne des Wortes hielten es heute auch viele Menschen, wenn die massenhaft leichtfertig verpulverten Milliarden z.B. für riesige Sportarenen, beim modernen Menschenhandel unserer Tage im Sportlerkauf und –verkauf, für märchenhafte Gehälter – nicht nur im Sport übrigens - besser für wichtigere Dinge in der Welt genutzt würden, wo es um Tod und Leben von Millionen Menschen geht. Dazu gehören auch die gigantischen Summen, die bei unzähligen Steuerverbrechen und Börsenspekulationen im Spiele sind. Das Glück, Politiker zu besitzen, die so etwas ändern, werden wir gewiß auch nicht in diesem Jahr haben.
Ein rechtes Glück dürfte es allerdings auch für unsere Suhler Stadträte sein, wenn sich 2015 reiche „ Pfründe“ auftun würden – wie in Görlitz etwa - ,damit sie mit ihrem Haushalt endlich wieder die Füße solide auf die Erde bekämen.
Und wenn schon von Glück und Segen die Rede ist: Wäre es nicht auch gewissermaßen segensreich für die deutsche Politik und ihre wacklige Demokratie, wenn Frau Merkels CDU alsbald auch mal die Vergangenheit der wackeren Blockmarschierer in DDR-Zeiten „aufarbeiten“ würde, die man sich mit der sogenannten Wende stillschweigend einverleibt hatte? Der 70. Jahrestag der Befreiung im Mai wäre eigentlich ein geeignetes Datum für Aufarbeitung von Vergangenheit.
Mit Glück und Segen scheint das denn auch 2015 so eine heikle Sache zu sein. Das muß wohl auch schon zu Zeiten meines alten Freundes so gewesen zu sein. In den Wochen um Weihnachten und den Jahreswechsel kamen einem eben manchmal so abwegige Gedanken. Oder sind die gar nicht so abwegig? Philosophen sagen, Glück und Segen liegen in deiner eigenen Hand. Dafür muss man im Großen wie im Kleinen, in der Politik wie in der Familie, etwas tun. So gilt offenbar auch für das inzwischen begonnene Jahr noch immer der Satz: „Wo du nicht bist der Organist, da schweigen alle Flöten!“

– old long –

Montag, den 09. Februar 2015, 19.30 Uhr im Türmchen des CCS

„Rechtsextremismus in der Mitte und seine gesellschaftlichen Ursachen“

Referent und Gesprächspartner:
Johannes Kiess, Universität Leipzig

Mit dem Eindringen des Rechtsextremismus in die Mitte der Gesellschaft gerät die Demokratie ins Wanken. Welche Ursachen hat das Ausmaß der Pegida-Proteste? Wie kann ihre weitere Ausbreitung gestoppt werden? Johannes Kiess von der Universität Leipzig ist Mitautor an Studien zum Rechtsextremismus in Deutschland und ein kompetenter Gesprächspartner zu diesem brisanten Thema.

suhler gesprächs forum alternativ
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Zum Gegenstand der Mitgliederversammlung am 21. Februar:

- **„Wir sind Ministerpräsident“ - Was ergibt sich daraus?**
- **Die schwierige Haushaltssituation in Suhl braucht Lösungen!**
- **Wie den Spielchen der CDU entgegentreten?**
- **SÜGIDA und die Suhler Willkommenskultur für Asylsuchende**
- **Wie bündeln wir unsere Arbeit besser zu Schwerpunkten?**

Dies und Eure Anliegen zur Arbeit des Suhler Stadtverbandes gehören ins Zentrum unserer Diskussion.

(Da Susanne Hennig-Welzow leider verhindert ist, wird der stellvertretende Landesvorsitzende Steffen Dittes Gast unserer Mitgliederversammlung sein.)

Geburtstagskinder willkommen!
Alle Genossinnen, Genossen und Sympathisanten, die im Januar Geburtstag hatten, laden wir herzlich zur Geburtstagsrunde **am 11.02.2015, 14.00 Uhr** in die Rüssenstr. 19 ein.
Auf anregende Gespräche freuen sich **Brigitte und Hella**

21. Februar 2015 Mitgliederversammlung

Di	03.02.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE., Geschäftsstelle
Mo	09.02.	18.00 Uhr	Suhl bleibt bunt! PROTEST GEGEN SÜGIDA, Waffenschmied
Mo	09.02.	19.30 Uhr	Gesprächsforum alternativ, Türmchen des CCS, Thema: „Rechtsextremismus in der Mitte und seine Ursachen“
Di	10.02.	14.00 Uhr	Suhler Koordinierungsgruppe „Gefahren des TTIP“ mit MdB Ralf Lenkert und IHK Südthüringen (siehe Seite 5)
Mi	11.02.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle
Mi	11.02.	17.00 Uhr	Stadtrat im Oberrathaussaal
Mo	16.02.	14.30–16.00 Uhr	Bürgersprechstunde Ina Leukefeld, WKB, Rüssenstr. 19
Mo	16.02.	18.00 Uhr	Demonstration „Suhl bleibt bunt“, am Waffenschmied
Di	17.02.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	18.02.		Politischer Aschermittwoch, CCS
Fr	20.02.	09.30 Uhr	Erwerbslosenfrühstück mit Ina Leukefeld, Rüssenstr. 19
Sa	21.02.	10.00 Uhr	Mitgliederversammlung des Stadtverbandes DIE LINKE., Hotel Thüringen
Mo	23.02.	18.00 Uhr	Demonstration „Suhl bleibt bunt“ am Waffenschmied
Di	24.02.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	25.02.	15.00 Uhr	Seniorencafé, AG Senioren, Geschäftsstelle Rüssenstr.
Mi	25.02.		Jahreshauptversammlung der Deutsch-Russischen Freundschaftsgesellschaft
Mo	02.03.	18.00 Uhr	Demonstration „Suhl bleibt bunt“, am Waffenschmied

Man wird doch mal fragen dürfen:

Stimmt es, dass ...

... die Organisatoren von SÜGIDA jeden Montag eine Menge Kreide fressen und das Thüringenlied üben, damit ihnen die Geislein auf den Leim gehen?

... PEGIDA-Anhänger sich Europäer nennen, damit sie nicht für Nationalisten gehalten werden? Spazieren sie deshalb mit einem Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen?

... dass PEGIDAS es nicht länger ertragen können, nur untereinander von Kanaken, Bimbos, Museln und Schmarotzern geifern zu können.
Auch in der „Lügenpresse“ muss endlich die Wahrheit zu lesen sein.

Das Fazit:
Dem französischen Philosophen Descartes verdankt die Menschheit die Erkenntnis „Ich denke, also bin ich.“ Er versäumte es zu erwähnen, warum es Menschen gibt, die nicht denken und dennoch sind.

Spruch des Monats: *„Der einzig wahre Realist ist der Visionär.“*
(Federico Fellini)